

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 25 / 2018

THEMENSCHWERPUNKT:
»POPULISMUS« UND DEMOKRATIE

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2017
- MUSICA PRO PACE 2017
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2017-2018

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Prof. Dr. Dr. Rauf Ceylan, Islamische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Susanne Menzel, Biologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Joachim Herrmann, Jutta Tiemeyer, Michael Pittwald

Einband: Bruno Rothe / Tefvik Goektepe, unter Verwendung eines vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bereitgestellten Fotos von Steffen Kugler.

Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2017-2018 danken wir

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche
Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, E-Mail: ofg@uni-osnabrueck.de
Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
1. Aufl. 2018

© 2018 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen, mit Universitätsverlag Osnabrück. Alle Rechte vorbehalten.
Printed in the EU: Hubert & Co. GmbH & Co. KG BuchPartner, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 0948-194X
ISBN 978-3-8471-0957-0

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial.	9
I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2017	
<i>Reformation: Wirkt sie noch heute auf die Gesellschaft und das Miteinander der Religionen?</i> Mit Heinrich Bedford-Strohm, Hans Joas	15
<i>Historische Schuld und verblässende Erinnerung – Wie weiter aus Geschichte lernen?</i> Mit Markus Meckel, Beate Klarsfeld, Bernd Weisbrod	41
<i>Generationengerechtigkeit, Altersarmut und demographischer Wandel</i> Mit Reinhold Schnabel, Annelie Buntenbach, Paul Ziemiak	73
<i>Modell Costa Rica? – Bildung statt Armee!</i> Mit Henning Jensen Pennington, José Joaquín Chaverri Sievert, Sebastian Huhn	95
Robert Menasse, Wien <i>Europa sieht Deutschland: »Der deutsche Mensch als Symptom«</i> Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit	119
<i>Brexit, Trump und »Populismus«</i> Mit Jan-Werner Müller, Karin Priester, Joschka Fischer	135
<i>Militär und Justiz heute</i> Mit Dieter Deiseroth, Christoph A. Rass, Roland Czada	161

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2017**

Stefan Hanheide, Osnabrück
Friedensmusik im Reformationszeitalter 1517-1648 189

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Joachim Westerbarkey, Münster
Populismus und ›fakes‹ – Wie gehen wir damit um? 205

Maximilian Probst, Hamburg
Die Verherrlichung des Kämpfers kehrt zurück 211

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 217
Abbildungsnachweis 223



Moderator György Széll und Gäste

Generationengerechtigkeit, Altersarmut und demographischer Wandel

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität
am 2. Mai 2017

<i>Prof. Dr. Reinhold Schnabel</i>	Finanzwissenschaftler, Universität Duisburg-Essen
<i>Annelie Buntenbach</i>	Mitglied des DGB-Bundesvorstands
<i>Paul Ziemiak</i>	Vorsitzender der Jungen Union Deutschlands
<i>Prof. Dr. György Széll</i>	Universität Osnabrück – Gesprächsleitung

György Széll: Die Menschen in Deutschland erfreuen sich einer immer längeren Lebenserwartung in Gesundheit, im Gegensatz zu der Situation in vielen anderen Ländern. Damit stellt sich zugleich die Frage nach der Finanzierbarkeit ihrer Altersversorgung. In den letzten Jahrzehnten führten mehrere Rentenreformen dazu, dass die gesetzliche Durchschnittsrente von 55% im Jahr 1990 auf 43% im Jahr 2030 sinken wird, wenn nicht politisch anders entschieden wird.

Die jährliche Sterberate (*Mortalität*) ist in Deutschland seit 1972 höher als die Geburtenrate. Daran zeigt sich der demographische Wandel. Infolge der höheren Lebenserwartung der Bevölkerung und der gleichzeitig rückläufigen Geburtenrate steigt der Anteil älterer Menschen gegenüber dem Anteil jüngerer. Der Überschuss von Zuzügen durch Migration gegenüber den Abwanderungen aus Deutschland ist während der letzten zwei Jahrzehnte zwar ständig gesunken, zuletzt aber wieder angestiegen. Infolge der 2011 eingeführten Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer aus den neu zur Europäischen Union hinzugetretenen Staaten wird ein jährlicher positiver Wanderungssaldo zwischen 100.000 und 200.000 Menschen erwartet, auch für die Zukunft. Die nach Deutschland zuziehenden ausländischen Personen sind im Durchschnitt jünger als die fortziehenden. Daraus ergibt sich für die in Deutschland verbleibende Bevölke-

rung ein statistischer ›Verjüngungseffekt‹, der aber die Alterung der Gesamtbevölkerung insgesamt nicht aufhebt.

Einige Zahlen können dies illustrieren: im Jahr 2009 z.B. wanderten insgesamt 734.000 Menschen aus Deutschland ab. Im gleichen Jahr kamen 721.000 Menschen neu ins Land; es gab also einen negativen Wanderungssaldo. Für 2015 wurde die Zahl von 997.000 Abwanderungen und 2,1 Millionen Zuwanderungen bekanntgegeben. In diesem Jahr trat bekanntlich eine absolute Ausnahmesituation ein. In den Jahren davor betrug der Wanderungssaldo jeweils zwischen 127.000 und 550.000. Das Statistische Bundesamt geht davon aus, dass im Jahr 2060 die Bevölkerung in der Bundesrepublik nur etwa 60 Millionen statt jetzt 82 Millionen Menschen zählen wird, wenn in den nächsten Jahrzehnten keine substantielle Zuwanderung erfolgt. Hier trifft das Wort von der alternden Gesellschaft, d.h. immer weniger Junge müssen für immer mehr Ältere sorgen.

Professor *Schnabel* forderte daher schon 2013, das Rentenalter auf 69 Jahre anzuheben und die Gewerkschaften zum Umdenken zu bewegen. Gewerkschaften müssten ihren Widerstand gegen die Rente mit 67 aufgeben. Allerdings seien auch weitere Maßnahmen nötig, um die Rente zu stabilisieren.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund verlautbarte dagegen kürzlich noch optimistisch:

»Eine gute Alterssicherung braucht eine verlässliche und leistungsorientierte gesetzliche Rentenversicherung. Auch in Zeiten demographischer Veränderung ist sie stabil und zukunftsfähig, wenn die Weichen heute richtig gestellt werden.«

Der Kurswechsel, für den der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften eintreten, hieße, das Rentenniveau nicht länger ›automatisch‹ weiter absinken zu lassen. Das Niveau der gesetzlichen Rente müsse, so wird gefordert, auf dem heutigen Stand von 48% stabilisiert und in weiteren Schritten angehoben werden. Daran anknüpfend könne die individuelle Versorgung durch Betriebsrenten zusätzlich verbessert werden. Die Betriebsrente müsse dazu tarifvertraglich vereinbart und vom Arbeitgeber mitfinanziert sein. Eine starke gesetzliche Rente brauche einen starken Solidarausgleich.

Auch Herr *Ziemiak* hat sich bereits im Jahr 2014 zur Sache geäußert:

»Lassen Sie mich das festmachen am Thema Rente und demographischer Wandel. Wir haben immer mehr Rentner und immer weniger Beitragszahler. Ohne drastische Maßnahmen fahren wir das Rentensystem vor die Wand. Das schwarz-rote Rentenpaket ist nicht in un-

serem Sinne. Das ist eine Hypothek für künftige Generationen. Wir Jungen werden dafür teuer bezahlen müssen.«

Für unsere Diskussion erheben sich somit einige zentrale Fragen:

- Wie ist es um die Generationengerechtigkeit bestellt? Sind unsere sozialen Sicherungssysteme noch dazu geeignet, sie zu wahren? Oder wollen die Jüngeren den Generationenvertrag aufkündigen, und was sollte gegebenenfalls an dessen Stelle treten?
- Eine Grundfrage, die sich für uns alle stellt: Wie entwickelt sich die Demographie bis 2060?
- Welchen Einfluss hat Migration auf die sozialen Sicherungssysteme? Wollen wir die Zuwanderung beschränken?
- Was muss getan werden, damit ein Alter in Würde für alle sichergestellt wird? Nach Schweizer Vorbild wurde ein Drei-Säulen-Modell eingeführt, mit starker Eigen- und Betriebsbeteiligung neben der gesetzlichen Rente. Anders als in der Schweiz sind bei uns aber nicht alle hier Lebenden und Arbeitenden einbezogen.
- Macht es Sinn, in Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft die zunehmende demographische Last allein den Arbeitnehmern aufzubürden – Stichwort: Riester-Rente –?
- In Österreich erhält ein Rentner bei gleichem Einkommen wie in Deutschland eine etwa doppelt so hohe Rente. Ist das nicht ein Vorbild?
- Sollte nicht, wie etwa in den Niederlanden, ein einheitliches Rentensystem für alle Beschäftigten eingeführt werden? Warum scheitert dies bisher bei uns?
- Und schließlich: Sind die sozialen Sicherungssysteme Österreichs, der Schweiz und der Niederlande besser als unseres? Sollte eines von ihnen oder sollten Elemente davon übernommen werden? Und sollte letztendlich für die Europäische Union ein einheitliches soziales Sicherungssystem, ein ›soziales Europa‹ angestrebt werden?

Reinhold Schnabel: Über jede dieser Fragen wäre vieles zu sagen; zunächst zum Thema ›Rente mit 67‹ oder ›Rente mit 69‹: Mit formelhaften Aussagen muss man als Wissenschaftler vorsichtig sein. Wenn allerdings nach 2030 die gesunde Lebenserwartung weiter so stark ansteigt, wie bisher; wenn wir also mehrere Jahre an gesunder Lebenszeit dazugewinnen, dann müsste man das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 69 Jahre anheben, um das heutige Verhältnis von Rentenphase zu Erwerbsphase beizubehalten. Das war meine eben zitierte Aussage auf eine Presseanfrage. Es war aber keine politische Forderung, sondern sollte Politikern und der Öffentlich-

keit nur zeigen, dass wir immer längere Rentenbezugszeiten bekommen, wenn die Lebenserwartung weiter ansteigt – mit dramatischen Auswirkungen auf diejenigen, die diese finanzieren müssen. Was die Politik daraus macht, liegt in ihrer Zuständigkeit.

Momentan stellen wir allerdings eine ›demographische Atempause‹ fest, wie sie von den Demographen bereits vor Jahrzehnten prognostiziert wurde. Noch gehen die geburtenstarken Jahrgänge – nämlich die Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre, die fast doppelt so stark besetzt waren wie die späteren Jahrgänge – nicht in Rente. Dies steht erst ab 2020 bevor. Auch wegen der Alterszusammensetzung, besonders wegen der geringeren Zahl von Männern der Kriegsjahrgänge, ist derzeit das Verhältnis von Rentnerzahl zur Erwerbstätigenzahl noch relativ günstig. Die Lage hat sich in den letzten zehn Jahren gegenüber den ursprünglichen Prognosen dadurch verbessert, dass wir in Deutschland einen wirtschaftlichen Aufschwung hatten, eine positive Entwicklung am Arbeitsmarkt und auch eine Zuwanderung in die Arbeitsmärkte hinein, die das System deutlich unterstützt haben. Das machte eine Erhöhung des Rentenbeitrags unnötig, was bei manchen nun zu der Überlegung führt, wie man diese Scheingewinne, diese unerwarteten Entlastungen, an Rentenempfänger austeilen kann. Manche folgern daraus, dass es mit der demographischen Alterung gar nicht so schlimm stehe, denn im Moment seien deren Folgen noch gar nicht spürbar, bisher sei ja noch alles gutgegangen ...

Aber das ›dicke Ende‹ kommt noch:



Reinhold Schnabel

Der Jahrgang 1964, der größtenteils im Jahr 2030 in Rente gehen wird, ist mit 1,36 Millionen der geburtenstärkste. Seit der Jahrtausendwende zählen wir lediglich rund 700.000 Geburten im Jahr. Die Basis möglicher Beitrags- und Steuerzahler wird also in den nächsten Jahrzehnten deutlich kleiner. Das spiegelt sich in sogenannten Altenquotienten, d.h. den Zahlen der über 65-Jährigen oder der über 67-Jährigen, die das Statistische Bundesamt relativ zur Zahl derjenigen im erwerbsfähigen Alter ermittelt. Egal ob Einwanderung oder Geburten etwas höher oder niedriger liegen werden: die Altenquotienten werden sich vom Jahr 2020 über das Jahr 2030 bis ins Jahr 2060 dramatisch verschlechtern. So schätzt das Statistische Bundesamt, dass selbst bei starker Zuwanderung im Jahr 2030 auf 100 ›Jüngere‹ im Alter von 20 bis 67, schon 40 ›Ältere‹ (Alte über 67) kommen, gegenüber nur 30 heute. Bis zum Jahr 2050 ist mit einem Altenquotienten von 50 zu rechnen.

Das hieße, die Rentenbeitragssätze müssten um 60% steigen, wenn wir nicht gegensteuern. Der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung würde somit auf rund 30% ansteigen.

Diese Entwicklung wird mit explodierenden Ausgaben für die Pflegeversicherung zusammentreffen. In diesem Bereich sind die Beiträge in den letzten Jahren schon am stärksten gestiegen. Die Pflegeversicherung wird nochmals dramatisch teurer werden. Das Gleiche gilt für die Krankenversicherung. Die Beitragssätze zur Sozialversicherung würden dann auf über 50% steigen – gegenüber etwa 40% heute. Damit wird sich die Frage stellen, wie die Jungen darauf reagieren werden.

Man muss nicht von ›Krieg der Generationen‹ reden; die Jungen haben andere Möglichkeiten zu reagieren. Sie müssen nicht im Land bleiben, vor allen Dingen dann nicht, wenn sie gut ausgebildet sind. Meine Generation, die Generation der *babyboomer*, die später von den Jungen hohe Beitragszahlungen erwartet, muss bedenken, dass die Kuh, die sie melken will, gut gepflegt werden muss. Deshalb sollte es im Interesse der älteren Jahrgänge sein – nicht nur, weil sie Väter, Mütter, Großeltern sind, sondern weil es ihre eigene Versorgung betrifft –, die Belastung der jüngeren Generation von sich aus zu begrenzen. Es macht keinen Sinn, übermäßig hohe Beitragssätze zu verursachen – auch wenn sich dies unmittelbar in höheren Renten ausdrückt –, wenn gleichzeitig die Jüngeren ihre Koffer packen und abwandern, in die Schattenwirtschaft ausweichen oder sagen: Arbeiten lohnt sich ja überhaupt nicht. – Ich mache etwas ganz anderes.

Wie können wir mit dieser demographischen Herausforderung, die ich eine *Doppelalterung* nenne, umgehen? Das zeitliche Zusammentreffen einer geringen Geburtenrate mit einer Erhöhung der Lebenserwartung ist ein spezifisch deutsches Problem. In den USA hat man nur die Verlänge-

rung der Lebenserwartung. Auch in Schweden, in Holland und in Frankreich ist die demographische Lage anders als bei uns in Deutschland. Österreich, Japan, Italien, Spanien haben ähnliche demographische Probleme wie wir. Es gibt leider keinen Zaubertrick, mit dem man das demographische Problem löst, jedoch lassen sich die Auswirkungen erheblich abmildern. Um gegenzusteuern, brauchen wir eine ganze Palette unterschiedlicher Maßnahmen: Einwanderung, Erhöhung des Rentenzugangsalters und langfristig eine höhere Geburtenrate. Alle diese möglichen Schritte reichen aber leider nicht aus, um die Abgabenbelastung und *gleichzeitig* das Sicherungsniveau konstant zu halten.

Die Erhöhung der Geburtenrate ist das schwierigste politische Thema, weil wir sie nicht direkt beeinflussen können, weder die Wissenschaft noch die Politik, und selbst wenn es gelänge, würde es erst in 50 Jahren wirksam: Die Kinder sind ja zunächst 20, 30 Jahre lang Kostgänger, und bis die nächste Generation von Müttern wieder so stark ist, wie sie einmal war, wird es mehrere Generationen dauern.

Die Migration war in den letzten Jahren vor der aktuellen Flüchtlingskrise sehr hilfreich. Sie war eine sehr positive Form der Migration, die aufgrund der Osterweiterung der Europäischen Union einsetzte. Fraglich ist aber, wie viel Zuwanderung unsere Gesellschaft noch politisch akzeptieren wird. Zudem haben alle Länder im Osten Europas, die bei uns zur Verjüngung beigetragen haben, selbst viel gravierendere demographische Probleme als wir. Es kann nicht Ziel unserer Politik sein, Bulgarien und Rumänien weiter zu entvölkern. Woher sollten also Zuwanderer kommen? Migration ist *ein* Mittel, aber kein Allheilmittel.

Annelie Buntenbach: Die Antwort auf die geschilderte Problematik liegt aus unserer Sicht jedenfalls nicht bei der weiteren Anhebung des Renteneintrittsalters. Der erwähnte ›Zugewinn an Lebenserwartung‹ ist ja sehr ungleich verteilt. Man spricht dabei immer über einen Durchschnittswert, und das ist eine tückische Größe, weil diejenigen, die sich mit schlechten Einkommen, schlechten Arbeitsbedingungen durchs Leben schlagen müssen, in der Regel nur wenig vom statistischen Zugewinn an Lebenserwartung haben. Wir müssen genau hinschauen auf die unterschiedlichen Gruppen und Arbeitsbiographien: Was für den Professor, den Politiker, die Managerin vielleicht attraktiv ist, macht vielen anderen Angst und macht sie auch zornig. Bei repräsentativen Befragungen von Beschäftigten, die wir durchführen, antworten z.B. sehr viele der Pflegerinnen und Pfleger sowie Erzieherinnen und Erzieher auf die Frage: Denken Sie, Sie werden Ihre jetzige Arbeit bis zum Renteneintrittsalter durchhalten?: »Nein / Glaube ich nicht / Weiß ich nicht«. Das hat mit ihrer beruflichen Belastung zu tun.

Ein Absturz in eine immer größer werdende Kluft zwischen dem Ende der Arbeit einerseits und dem Beginn der Rente andererseits ist dann oft vorprogrammiert. Den Menschen droht am Ende ihres Arbeitslebens die Entwertung ihrer Lebensleistung. Sie müssen mit hohen Abschlägen bei ihrer Altersversorgung zurechtkommen; bei der Beitragszahlung fehlen häufig die Jahre, in denen sie arbeitslos waren. Sicher sind Versuche löblich, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Berufstätigen möglichst lange gesund in Lohn und Brot bleiben. Viele sind dazu aber einfach nicht in der Lage, Bauarbeiter etwa werden schon mit durchschnittlich 58 Jahren arbeitsunfähig oder verlieren ihren letzten Job ohne Chance auf einen neuen.

Für diese Problematik werden gescheite Lösungen gebraucht. Die Rente ab 63 hilft einigen wenigen, bei Weitem nicht allen. Unser Plädoyer in Bezug auf das Renteneintrittsalter lautet: Für alles, was möglich ist, um den Leuten ein längeres, gesundes Arbeitsleben zu ermöglichen, müssen die Weichen gestellt werden. Dazu gehören Arbeits- und Gesundheitsschutz, Gesundheitsförderung und die Möglichkeit, freiwillig länger zu arbeiten. Aber das Renteneintrittsalter weiter zu erhöhen, wäre der völlig falsche Schritt.

Welcher andere Weg ist zu beschreiten? Aus unserer Sicht muss es das Ziel sein, wieder dahin zu kommen, dass diejenigen, die jahrzehntelang gearbeitet und in die Rentenversicherung eingezahlt haben, wissen, dass sie wirklich eine Rente bekommen, von der sie in Würde leben können. Darüber brauchen wir wieder einen politischen Konsens, den wir zwischen den Parteien wiederherstellen müssen.

Die Solidarität der großen Sozialversicherungen ist entscheidend für die Wahrung des sozialen Friedens und die Sicherung der Lebensqualität. Die großen Lebensrisiken wie Alter, Pflege, Krankheit, Arbeitslosigkeit kann nicht jeder allein schultern. Dafür braucht es die Solidarität der Sozialversicherungen, die möglichst viele Mitglieder haben und möglichst breit aufgestellt sein sollten. Diese Solidarität müssen wir wieder neu austarieren, gerade auch innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung, sodass man sicher sein kann, eine Rente zu erhalten, mit der man über die Runden kommt, wenn man jahrzehntelang gearbeitet hat. Das ist die Legitimationsgrundlage für eine Sozialversicherung, die auf einer Pflichtmitgliedschaft beruht; man muss sich darauf verlassen können, dass die Leistungen am Ende stimmen, wenn der Versicherungsfall eintritt. Die Leistungsfähigkeit der Sozialversicherung muss im Fokus stehen, nicht allein der Tunnelblick auf die Beitragssätze.

Die Politik muss hier umsteuern. Geschieht das nicht, wird das Rentenniveau weiter sinken, denn so sind zurzeit die gesetzlichen Weichen ge-

stellt. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat angekündigt, dass wir im Jahr 2045 bei einem Rentenniveau von 41,7% landen werden. Heute liegt es bei 48%, begonnen haben wir mit 53% im Jahr 2000. Das Rentenniveau sinkt schon seit einiger Zeit, und zukünftig wird für viele ein sozialer Abstieg oder Altersarmut drohen. Das ›sinkende Rentenniveau‹ ist eben keine abstrakte Rechengröße: Der Abstand zur sogenannten Grundversicherung schrumpft. Es hat ganz reale Folgen und zeigt eine relative Entwertung der Rente an. Eine Krankenpflegerin z.B., die nach 40 Jahren Vollzeit-Tariflohn in Rente geht, erhält heute 983 Euro Rente. Angenommen, das Rentenniveau läge schon bei 43%, wären es nur 860 Euro; hier droht eine Entwertung.

Wir müssen den Kern der Alterssicherung, die gesetzliche Rente, stabilisieren, denn sie versorgt 73 Millionen Menschen. Lücken, die in die gesetzliche Rentenversicherung gerissen worden sind, durch privates Sparen zu schließen, gelingt nicht. Auch mit der staatlich geförderten Riester-Rente ist das nicht möglich, erst recht nicht für Menschen mit geringem Verdienst. Einen Schutz vor Altersarmut kann nur die gesetzliche Rentenversicherung bieten; wir müssen sie deshalb entsprechend stärken. Österreich steht deshalb besser da, weil man auf ein Riester-Experiment oder Vergleichbares verzichtet hat.

Bei der betrieblichen Altersvorsorge muss gesichert sein, dass es wirklich ein Plus im Alter ist, wenn man dort – mit Arbeitgeberbeteiligung – investiert. Ob man im Alter wirklich mehr hat, hängt natürlich auch davon ab, welches Niveau die gesetzliche Rentenversicherung erreicht. Aber nicht alle Probleme sind mit einem höheren Rentenniveau zu lösen. Für besondere Armutsrisiken wie etwa ein langjährig nur geringes Arbeitsentgelt oder eine prekäre Selbstständigkeit brauchen wir besondere Antworten.

Die Grundfrage lautet immer auch: Ist das machbar, bezahlbar? Umsonst gibt es da nichts: man kann die Folgen der Alterung der Gesellschaft nicht einfach wegreformieren. Wir können uns aber einerseits möglichst breit aufstellen, um die Kosten dauerhaft gut schultern zu können. Und wir müssen andererseits darüber reden, wie denn diese Kosten aufgebracht und die Lasten möglichst gerecht verteilt werden können. Wenn es bei einer Umlagefinanzierung bleiben soll, und dafür bin ich sehr, muss geklärt werden: Wie viele zahlen ein, und wie viele benötigen später Leistungen? Die Zahl derer, die einzahlen, und auch ihre Arbeitsproduktivität können wir beeinflussen: durch Bildung, Innovationen und Investitionen, aber auch indem wir ganz bewusst z.B. in die Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt investieren, ferner in die Kinder, die mit Hartz IV und schlechten Chancen aufwachsen, und in Aufwärtsmobilität am Arbeitsmarkt. Das ist dringend notwendig. Und auch in Sachen Zuwanderung ist

die entscheidende Frage: Gelingt es uns, Geflüchtete und Migranten gut in den Arbeitsmarkt zu bringen? Denn nur dann haben wir eine Chance, uns gemeinsam für die sozialen Sicherungssysteme in der Zukunft gut aufzustellen; sie gehören in das Solidarprinzip des Umlageverfahrens.

Die Geburtenrate lässt sich sicher nicht administrativ steigern. Möglich ist aber, die Infrastruktur zu verbessern und so zur Verfügung stellen, dass es möglich ist, Beruf, Kinder und Familie besser miteinander zu vereinbaren. Man muss z.B. dafür sorgen, dass diejenigen, die in Teilzeit arbeiten,



Annelie Buntenbach

die Chance bekommen, sich mit mehr Stunden, bis hin zur Vollzeit, im Arbeitsmarkt zu bewegen. Befragungen zufolge gibt es dafür einen großen Bedarf, gerade bei Frauen. Und wir brauchen eine Reform der Minijobs: Wir müssen prekäre Beschäftigung – auch die der Selbstständigen – wieder stärker in die Sozialversi-

cherungspflicht einbinden. Wir müssen die soziale Sicherung ausbauen in Richtung auf eine *Erwerbstätigenversicherung*, in die diese Gruppen mit hineingehören. PROGNOSE-Berechnungen zufolge würde dies Beitragssteigerungen in Höhe von ca. 0,8% nach sich ziehen. Würden Frauen die gleiche Erwerbsquote wie Männer erreichen, würde der Beitragssatz um etwa einen weiteren Prozentpunkt für alle sinken.

Es gibt eine ganze Reihe von Stellschrauben für die hier diskutierte Problematik. Über Veränderungen muss jetzt entschieden werden, damit wir für die Zukunft gut aufgestellt sind. Klar ist: Die Kosten werden steigen und die Beiträge ebenfalls – das sehen alle seriösen Prognosen voraus; die Frage ist, um wie viel sie steigen.

Aufgrund von Beschäftigtenbefragungen wissen wir: Auf Arbeitnehmerseite ist die entscheidende Voraussetzung für die Akzeptanz von Beitragssatzsteigerungen die Frage, ob später verlässlich auch die Leistung, die Rente, stimmt. Ist das der Fall, sind die Menschen bereit, auch höhere Beiträge zu leisten. Gleichfalls entscheidend ist die Frage, ob die Lasten gerecht verteilt sind. Unser Vorschlag dazu ist, dass alle Leistungen, die eigentlich aus Steuermitteln finanziert werden müssen, ab sofort auch aus Steuermitteln bezahlt werden, z.B. die *Mütterrente* mit 7 Mrd. Euro jährlich. Derzeit wird sie aus Beitragsmitteln gezahlt und macht etwa einen halben Beitragssatzpunkt aus. Diese Leistung muss aus Steuermitteln finanziert werden, denn wir zahlen ja auch nicht das Kindergeld aus der Beitragskasse. Beides sind gesamtgesellschaftliche Leistungen, ebenso wie die Anpassung des Rentenniveaus in Ost- und Westdeutschland.

Darüber hinaus brauchen wir einen zusätzlichen Bundeszuschuss, um den Anstieg des Beitragssatzes ein Stück weit abfangen zu können. Die Alterung der Gesellschaft ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Es ist gut vertretbar, wenn der Bundeszuschuss deswegen erhöht wird.

Wir gehen davon aus, dass wir mit einer Ausweitung des Versichertenkreises und der Finanzierung versicherungsfremder Leistungen auch aus Steuermitteln sowie dem zusätzlichen Bundeszuschuss bis in die 2040er Jahre hinein ein Rentenniveau von 50% mit in der Spitze bis zu 25% Beitragssatz finanzieren können. Und dies muss paritätisch finanziert werden, das sage ich klar dazu. Heute zahlt die Arbeitnehmerseite deutlich über Parität, nämlich jene Beiträge, die in die private Vorsorge fließen, weil das Rentenniveau entsprechend abgesenkt worden ist. Das lässt sich fortsetzen, bezogen auf die Verteilung der Lasten, bezogen auf die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungen. Auch da zahlt die Arbeitnehmerseite erheblich mehr. Wir müssen wieder zurückkommen zu einer paritätischen Finanzierung der Kosten in der Sozialversicherung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Ich möchte auch den Blick auf die jüngere Generation richten: Diejenigen, die im Jahr 2050 in Rente gehen, sind heute etwa 30 Jahre alt. Sie werden von der Frage nach der Höhe der Beitragssätze in den Jahren 2030, 2040 betroffen sein, aber auch später dann auf die Rente angewiesen sein. Wenn so weitergemacht wird wie bisher, indem man mit Leistungssenkungen versucht, realistische Beitragssatzsteigerungen zu umgehen, würde der schlimmste Fall für die Legitimation der Rentenversicherung eintreten: Wir bekommen steigende Beiträge und gleichzeitig sinkende Leistungen. Dann werden diejenigen, die heute jung sind, im Alter eine Rente erhalten, die kaum über der Grundsicherung liegt, und dies auch noch später, weil das Renteneintrittsalter ja weiter ansteigen soll.

Dies zu kompensieren, wird für jeden teuer. Unter allen Alterssicherungssystemen hat die gesetzliche Rentenversicherung die beste Rendite, erheblich besser als private Versicherungen, die den Risiken des Kapitalmarkts und allen weiteren Kosten unterliegen. Deshalb sagen wir: Wir wollen die gesetzliche Rente mit Perspektive stärken.

György Széll: Herr Ziemiak, die Politik sei gefordert, hieß es mehrfach. Sie kandidieren bei der kommenden Wahl für den Bundestag: Können auch Sie das Versprechen des damaligen CDU-Bundesarbeitsministers *Norbert Blüm* – »Die Rente ist sicher!« – unterschreiben?

Paul Ziemiak: Die Rente ist sicher, wir wissen nur nicht, wie hoch sie ausfällt. Weil hier Positionen des DGB und der Jungen Union zur Sprache kommen, könnte der Eindruck entstehen, es ginge bei der Rentendiskussion um unterschiedliche Parteiprogramme. Das ist aber nicht der Fall, es geht um reine Mathematik.

Für das gesetzliche Rentensystem sind folgende Faktoren entscheidend:

- die Dauer der Einzahlung der Versicherten in die gesetzliche Rentenversicherung;
- die Höhe ihrer Beiträge;
- die Frage, wie viel man am Ende gezahlt bekommt, also das Rentenniveau;
- die Frage unserer wirtschaftlichen Lage und Konjunktur, also wie hoch das Durchschnittseinkommen der gesetzlich Versicherten ist.

Hinzu kommen die Fragen:

- Wie viele Rentner gibt es?
- Wie viele bekommen Leistungen?
- Wie viele zahlen ein?

Das sind die Faktoren, mehr gibt es im Prinzip nicht. Deshalb geht es hier einfach um die Entscheidung, welche Stellschraube wir verändern, wenn es immer weniger junge Beitragszahler und immer mehr Rentner in Deutschland gibt. 1950 zahlten fünf sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige für einen Rentner, 1990 waren es noch vier. Momentan sind es 2 bis 3, und 2030 werden es definitiv nur noch zwei Beitragspflichtige sein, die für einen Rentner bezahlen. Wir fahren tatsächlich auf eine Wand zu, aufgrund des demographischen Wandels.

Erhöhen wir also die Beiträge oder diskutieren wir darüber, ob wir länger arbeiten? – Aus der Perspektive der jungen Menschen in diesem Land sollten wir darüber sprechen, dass diejenigen, die es können, länger arbei-

ten, und nicht als Erstes auf die Idee kommen, die Beiträge zu erhöhen. Denn was ist wichtig für diejenigen, die jung sind? Dass sie am Ende *netto* genügend Geld von ihrem Bruttoarbeitsentgelt haben. Es ist ein berechtigtes Anliegen zu sagen: Wir wollen nicht immer weiter belastet werden.

Zur Riester-Rente und zur privaten Vorsorge allgemein, die in den Medien oft kritisch gesehen wird, möchte ich sagen: Es gibt keinen Grund, die Riester-Rente pauschal schlechtzumachen. 16,5 Millionen Menschen haben eine solche Riester-Rentenversicherung abgeschlossen. Mit dieser Rente erzielt man eine nachsteuerliche Rendite von 3,16%. Das kann sich auf dem Kapitalmarkt sehen lassen. Gerade Geringverdiener und Familien profitieren am meisten von der sicheren Riester-Rente. Deswegen widerspreche ich einer pauschalen Verurteilung der privaten Vorsorge.

Wir sollten uns darüber klarwerden, dass wir in Zukunft länger werden arbeiten müssen. Und wir müssen wirtschaftlich erfolgreich sein, wenn wir unseren Lebensstandard halten wollen. Wenn unsere Konjunktur in Zukunft nicht so robust ist wie heute, wenn wir nicht



Paul Ziemiak

so viele Produkte in die Welt exportieren, wenn die Nachfrage im Inland sinkt, dann werden wir am Ende niedrige Löhne haben und dadurch ein geringeres Beitragsaufkommen. Deswegen müssen wir in erster Linie dafür sorgen, dass unser Land Wirtschaftswachstum generiert. Dafür müssen wir in Digitalisierung investieren, Freihandelsabkommen abschließen und unsere Unternehmen von bürokratischen Hemmnissen entlasten, sodass sie erfolgreich sein können.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist nicht dazu da, eine Lebensleistung zu belohnen. Wie viel jemand als gesetzliche Rente bezieht, ist schlicht das Äquivalent zu den eigenen Beiträgen und zur Dauer der Ein-

zahlung. Den statistischen Durchschnitt verkörpert dabei der sogenannte *Eckrentner*, der 45 Jahre gearbeitet und 45 Jahre lang Durchschnittslohn bekommen hat. Wer viel verdient und entsprechend viel einzahlt, erhält mehr; wer weniger einzahlt, bekommt weniger heraus, egal, ob die Arbeit wertvoll war oder nicht. Überdies gibt es bei uns, weil wir in einem Sozialstaat leben, die Grundsicherung im Alter. Dafür ist ausschlaggebend, wie viel die Menschen im Alter für ihren Lebensunterhalt benötigen. Ob bei den auf Grundsicherung Angewiesenen oder bei den Erwerbsgeminderten, die nicht mehr arbeiten können, mehr getan werden muss, etwa bei den Zurechnungszeiten oder bei den Abschlägen, bleibt zu prüfen.

Eine pauschale Grundsicherung im Alter mit einer Mindestrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung einzuführen, wäre allerdings völlig falsch, denn um die Bedürftigkeit beurteilen zu können, muss man nicht nur den einzelnen Rentner anschauen, sondern die Menschen, die zusammen leben, die sog. *Bedarfsgemeinschaften*. Und man muss immer beides, Rentenansprüche und Anwartschaften, auch auf Vermögen, berücksichtigen. Dabei sieht es dann in Deutschland nicht so schlecht aus: Nur etwa 3% der Menschen im Rentenalter sind auf die Grundsicherung angewiesen.

Heute in Deutschland lebende Sozialversicherungspflichtige, die in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, haben ein durchschnittliches monatliches Haushaltseinkommen von 3.300 Euro. Das entspricht etwa dem Einkommen eines hiesigen Durchschnittsverdieners. Wer wenig gearbeitet und eingezahlt hat und am Ende wenig Rente bekommt, dem kann nicht pauschal eine Mindestrente zugedacht werden. Man muss schauen: Ist Vermögen vorhanden? Gibt es andere Ansprüche? Was verdient der Ehepartner, und was bekommt er an Rente? Nur Statistiken anzuführen, wonach künftig jeder Zweite von Altersarmut betroffen sein wird, das ist nichts anderes als Panikmache.

Aber wir müssen etwas tun, etwa bei der Kinderbetreuung, und vor allem müssen wir dafür sorgen, dass unsere Konjunktur läuft und nicht zu sehr durch Abgaben und Bürokratie belastet wird. Im Sozialstaat Deutschland ist mehr als die Hälfte des Bundeshaushalts für Sozialausgaben vorgesehen. In keinem anderen Land unserer Bedeutung und Größenordnung wird mehr für Soziales ausgegeben. Wenn wir tatsächlich das Rentenniveau auf 50% steigern wollen, wie gefordert, kostet das pro Jahr leicht 52 Mrd. Euro. Wenn das paritätisch geschehen soll, hieße das, die Arbeitnehmer in Deutschland mit mindestens 25 Milliarden zu belasten und die Arbeitgeber ebenfalls mit zusätzlich 25 Milliarden Euro jedes Jahr. Wenn wir in Europa und in einer globalisierten Welt wettbewerbsfähig bleiben wollen, dann ist das keine gute Idee, um dieses Land nach vorne zu bringen. Der Staat muss lernen, mit seinen Mitteln auszukommen. Wir müssen

aufhören, versicherungsfremde Leistungen in der Rentenversicherung zu finanzieren, das ist richtig, auch beim Thema ›Mütterrente‹ und beim Thema ›Rente mit 63‹. Auch diese Maßnahme darf nicht zu immer höheren Beiträgen und immer höheren Belastungen für diejenigen führen, die arbeiten und als junge Menschen dieses Land voranbringen.

György Széll: Eine Nachfrage an Herrn Schnabel: Sie bezeichnen das Rentensystem in Österreich als zu teuer. Österreich ist aber wirtschaftlich kaum weniger wettbewerbsfähig als die Bundesrepublik. Wie machen die Österreicher das, dass sie eine sehr viel bessere Versorgung haben?

Und eine Frage an alle auf dem Podium, hinsichtlich der Qualität des Lebens und des Arbeitslebens: Nicht wenige Menschen werden frühzeitig erwerbsunfähig, berufsunfähig. Das Renteneinstiegsalter ist zwar zuletzt gestiegen, liegt aber immer noch bei durchschnittlich 61 Jahren. Könnte man einen großen Anteil der Arbeitnehmer – auch wenn sie vielleicht nicht mehr zu 100% arbeits- und erwerbsfähig sind – durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen, vielleicht durch einen flexibleren Übergang, in Arbeit halten, ohne dass sie gleich ganz in den Rentenbezug wechseln?

Reinhold Schnabel: Die Politiker haben vor über zehn Jahren im Zuge der Rürup- und Riester-Reformen einige politische Grundsatzentscheidungen getroffen. Das waren Weichenstellungen, die sich auch revidieren lassen. Jetzt wird über ein Nachjustieren diskutiert. Eine Kritik lautet, dass die private Altersvorsorge nicht funktioniere. Tatsächlich sind die Renditen von Bundesanleihen im Moment nicht besonders hoch. Andere Renditen am Kapitalmarkt, insbesondere von Aktien, sind aber nach wie vor hoch. Solche Renditen können sich auch Arbeitnehmer sichern. Und die Riester-Rente ist durch die Förderung gerade auch von niedrigen Einkommen ein Erfolgsmodell. Die Riester-Rente kann erheblich dazu beitragen, die Rente aufzustocken und über das Niveau anzuheben, das die Grundsicherung bietet. Die Politik ist gefordert, die Attraktivität der privaten und der betrieblichen Altersversorgung zu erhöhen. Seit Jahren schon fordern Fachleute, bei der Gewährung von Grundsicherung zumindest die Ansprüche auf Riester-Renten nicht anzurechnen. Dieser Forderung wurde vor Kurzem durch das Betriebsrentenstärkungsgesetz ein Stück weit Rechnung getragen. Damit wird sich auch für einen Geringverdiener die private Vorsorge lohnen. Dies gilt besonders, wenn Kinder in der Zulage berücksichtigt werden.

Die Gewinne an Lebenserwartung in der jüngeren Vergangenheit sind nicht so ungleich verteilt, wie manchmal behauptet wird. Es stimmt zwar, dass gering Qualifizierte eine geringere Lebenserwartung haben. Aber auch

für sie steigt seit der Jahrtausendwende die Lebenserwartung. Das heißt, dass auch Arbeitnehmer, die rein manuelle Tätigkeiten ausführen, länger leben als früher. Deshalb halte ich eine allgemeine Erhöhung der Regelaltersgrenze für durchaus zumutbar.

Für Erwerbsminderungsrentner, die übrigens von einer Erhöhung der Regelaltersgrenze überhaupt nicht betroffen sind, werden sogar die Zurechnungszeiten erhöht. Mit dem neuen Rentenpaket werden ab dem Jahr 2019 die Zurechnungszeiten nochmals deutlich angehoben. Gleichwohl hat man in der letzten Legislaturperiode für Erwerbsgeminderte und gegen Altersarmut wenig getan. Stattdessen wurden 6-7 Mrd. Euro jährlich für die Mütterrente beschlossen; ebenso viel kostet die ›Rente mit 63‹. Für die Verbesserung der Erwerbsminderungsrenten blieben nur Almosen; gezielte Armutsvermeidung sieht anders aus. Ebenso wenig wirkt die allgemeine Erhöhung des aktuellen Rentenwertes, des sogenannten Rentenniveaus, armutsvermeidend, denn von der mit der Gießkanne an alle Empfänger ausgeschütteten Erhöhung profitieren die 4-5% der Empfänger, die es am dringendsten brauchen, nicht in ausreichendem Maß.

Wenig Klarheit besteht in der politischen und medialen Diskussion darüber, welche Personengruppen überhaupt von Armut betroffen sind. Neben den Erwerbsminderungsrentnern sind dies vor allem Rentnerinnen. Altersarmut ist immer noch stark weiblich geprägt, und zwar besonders in Fällen geschiedener Ehen. Hier hilft der Zugewinnausgleich nur bedingt. Die gute Nachricht ist, dass durch die erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen deren Rentenverläufe deutlich verbessert sind; dort ist künftig weniger Altersarmut zu erwarten. Es gibt auch positive Entwicklungen, die dem Sinken des Sicherungsniveaus entgegenwirken.

Annelie Buntenbach: Es gibt unterschiedliche Studien zu der Frage des Zugewinns an Lebenserwartung und dessen Verteilung. Eine Studie Professor *Karl Lauterbachs* zeigt, dass der Zugewinn für diejenigen mit geringem Einkommen und harter körperlicher Arbeit erheblich geringer ist als für andere Gruppen. Der statistische Durchschnitt ist also auch hier wenig aussagekräftig.

Herr *Ziemiak* ist der Ansicht, dass die Rente nicht Lebensleistung zu bewerten habe. Nun sind manche, die z.B. 40 Jahre schwer geschuftet haben – vielleicht auch viel verdient haben, etwa durch Zuschläge für Feiertags- und Nachtarbeit – am Ende zu krank für ihre Arbeit, aber zu gesund für die Erwerbsminderungsrente. Dieses Phänomen betrifft besonders den Baubereich, wo es normal ist, in einem Berufsleben 17-mal den Arbeitgeber zu wechseln. Am Ende stehen vor dem Renteneintritt Zeiten von Arbeitslosengeld und Hartz IV, sodass ein fürs Alter vielleicht ange-

spartes Vermögen aufgezehrt werden muss und das, was man durch Rentenbeitragszahlungen an Ansprüchen angespart hat, durch hohe Abschläge bei der Rente entwertet wird. Das ist auch eine Entwertung der Lebensleistung.

Wir brauchen einen Übergangskorridor, denn selbst bis ins 65. Lebensjahr oder bis 67 zu arbeiten, schaffen längst nicht alle. Wir müssen einerseits die Weichen so stellen, dass der Arbeits- und Gesundheitsschutz stimmt, die Gesundheitsförderung, die Arbeitsbedingungen. Andererseits brauchen die Menschen am Ende des Arbeitslebens einen Korridor, durch den sie aus dem Arbeitsleben schrittweise aussteigen können. Wer nicht mehr zu 100% arbeitsfähig ist, aber noch arbeiten kann und will, braucht Unterstützung beim sicheren Übergang in die Rente. Dieses Thema ist nicht nur im Hinblick auf die Baubranche wichtig, sondern auch für Altenpflegerinnen oder Schichtarbeiter, die oft mit 60 einfach ›kaputt‹ sind.

Der Kapitalmarkt als Finanzquelle für die individuelle Alterssicherung ist aus meiner Sicht eine schlechte Option. Im Finanzmarktcrash von 2008/2009 hat sich gezeigt, dass das Roulette an den Börsen zu unsicher ist für eine Alterssicherung mit Perspektive. Und deshalb kann man das Niveau der gesetzlichen Rente nicht mit dem Verweis auf private Vorsorgemöglichkeiten herunterfahren. Im Übrigen stellt sich für manche die Frage, ob das Kind nicht eher einen Wintermantel braucht, als ein Sparvertrag regelmäßige Einzahlungen. Bei Bruttoeinkommen von 1.500 Euro, also knapp über dem Mindestlohn, wird es für einen Unverheirateten schon eng: Da wären 47 Euro im Monat für die Riester-Rente fällig. Familienkonstellationen, die den Riester-Beitrag günstig machen, greifen bei Geringverdienern oft nicht.

Paul Ziemiak: Es stimmt nicht, dass die Rente immer weiter heruntergefahren wird. Selbst wenn das Rentenniveau bis 2030 auf den niedrigsten Wert von 42,5% sinken sollte, stiege die Rente inflationsbereinigt auf über 1.800 Euro an, d.h. die Kaufkraft der Rentner wächst in jedem Fall.

Zur Bezugsdauer der Rente eine interessante Zahl: Gegenüber 1970 hat sich die Bezugsdauer der Renten von 10 auf bis heute 20 Jahre glatt verdoppelt, und diese Entwicklung wird weitergehen. Sollte dies durch höhere Beiträge finanziert werden müssen, sodass den Versicherten weniger Geld in der Tasche bleibt und junge Menschen dafür besonders viel zahlen, dann hielte ich das für falsch.

Publikum: Vor langer Zeit schon hat eine Bundesregierung die Weichen für die Zukunft falsch gestellt: Während die Renten an die wirtschaftliche Gesamtentwicklung angepasst, *dynamisiert*, wurden, unterblieb dies leider

für das Kindergeld. Man dachte wie schon *Konrad Adenauer*: Kinder kriegen die Leute sowieso. Heute stellen wir fest: der Geburtensaldo ist negativ, die Menschen bekommen weniger Kinder. Deshalb würde ich empfehlen, sofort das Kindergeld zu dynamisieren, damit diese Entwicklung gestoppt wird.

Publikum: Frau Buntenbach, Sie haben die vielzitierten Beispiele des Maurers und der Pflegekraft bemüht, die es gesundheitlich angeblich nicht schaffen, bis zum gesetzlich vereinbarten Renteneintrittsalter zu arbeiten. Sonderfälle gibt es immer, aber eine solche Haltung konnte sich bisher noch keine Generation leisten. Sie argumentieren für eine bestimmte Klientel, für diejenigen, die jetzt etwa Mitte 50 sind. Denjenigen, die jetzt in Rente gehen, ist früher gesagt worden: Du musst 45 Jahre einzahlen, dann kannst du in Rente gehen. Wenn nun heute z.B. Studierenden, die mit 25, 26 in die Erwerbstätigkeit eintreten, gesagt wird: Ihr müsst auf jeden Fall bis 69 arbeiten, dann ist das ein neues, faires Angebot, das akzeptiert werden wird.

Publikum: Herr Ziemiak, haben Sie als Chef der Jungen Union nicht die Aufgabe, darüber nachzudenken, wie es der heutigen Jugend, der sogenannten *Generation Praktikum*, ergehen wird, wenn das Rentenniveau weiter sinkt?

Herr Schnabel, was wäre, wenn der Staat – anstatt Leiharbeit, Werkverträge und all die prekären Beschäftigungsarten zuzulassen – endlich mal für eine angemessene Erhöhung des Mindestlohns sorgen würde? Davon würde auch das Beitragsaufkommen der Rentenversicherung profitieren.

Es ist im Übrigen nicht fair, wenn die junge Generation auf die Alten und die ältere Generation auf die Jungen schimpft. Wir alle müssen uns damit auseinandersetzen, dass die Industrie immer weniger gut bezahlte Arbeitsplätze bietet. Wenn die Arbeit nicht da ist, können weder Ältere länger arbeiten, noch Jüngere ordentlich in die Rentenversicherung einzahlen.

Publikum: Die ganze Diskussion geht von der fundamental falschen Annahme aus, dass wir in den 2050er Jahren noch ebenso leben und arbeiten wie heute. Dabei bleiben längst bekannte Szenarien unberücksichtigt: Zum einen wird menschliche Arbeit zunehmend durch Maschinenarbeit, durch Roboter ersetzt. Zum andern steht längst das Thema *Postwachstumsökonomie* im Raum, vertreten von alternativen Ökonomen wie z.B. *Niko Paech* in Oldenburg. Sie sagen uns, dass die Arbeitszeit kürzer werden muss. Die Szenarien gehen dahin, dass man die halbe Woche arbeitet, die

andere Wochenhälfte sich mit *Urban Gardening* oder was auch immer beschäftigt. Wie werden wir im Jahr 2050 leben? Jedenfalls völlig anders als heute, und dann ist die Gegenüberstellung von Beitragszahlern und Leistungsbeziehern hinfällig.

Reinhold Schnabel: Dafür gibt es vor allem von den Älteren Beifall, und das ist gefährlich. Man sollte sich nicht der Illusion hingeben, dass sich die Widersprüche von selbst auflösen und am Ende die Jungen schon zahlen werden – oder gar die Maschinen ...

Paul Ziemiak: Wie die Arbeitswelt in 30, 40 Jahren aussehen wird, ist ungewiss. Auf jeden Fall wird *Bildung* das entscheidende Kriterium für Wettbewerbsfähigkeit sein, das uns morgen weltweit auszeichnet. Wenn wir es schaffen, Menschen so zu qualifizieren, dass wir in einer neuen Welt – Digitalisierung und ›Industrie 4.0‹ – wettbewerbsfähig bleiben, mit neuen Produkten, neuen Ideen, dann werden wir weiterhin Wachstum und Konjunktur haben. Falls nicht, überholen uns junge Menschen aus Indien, China und anderen Ländern.

Nochmals zum Rentenniveau: Das prozentuale Niveau geht zwar weiter zurück, dennoch steigt die Kaufkraft der Rentner. Keiner Rentnergeneration ging es so gut wie der heutigen. Übrigens gab es auch noch für keine junge Generation so viele Möglichkeiten und so einen Wohlstand wie heute.

Zu den prekären Arbeitsverhältnissen: Der Gesetzgeber hat schon viel getan in diesem Bereich, z.B. was die Überlassung von Arbeitnehmern, die Werkverträge und anderes regelt. Wir müssen auch an die Leute denken, die nicht den Anschluss in den ersten Arbeitsmarkt finden, für die hier gute Möglichkeiten bestehen. Bei diesen Regelungen gibt es durchaus schon Übertreibungen: Jemanden aus einer Zeitarbeitsfirma zu beschäftigen, sollte man in Deutschland durchaus für 24 Monate gestatten, finde ich. Und ich meine, es ist durchaus zulässig, dass ein Zeitarbeitnehmer am Anfang etwas weniger verdient als ein Festangestellter, um den Leuten eine Chance zu bieten.

Reinhold Schnabel: Ein Leiharbeiter ist allerdings relativ teuer. Das Unternehmen, das ihn oder sie beschäftigt, muss an die Leiharbeitsfirma ein relativ hohes Entgelt zahlen. Aber das Thema ist inzwischen kaum mehr aktuell, denn die sogenannte *atypische Beschäftigung* wächst nicht mehr, sondern nimmt im Verhältnis zur regulären sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung in den letzten Jahren sogar ab. Und die Beschäfti-

gungsdauer von atypisch Beschäftigten ist im Schnitt in den letzten Jahren gestiegen.

Annelie Buntenbach: Es ist gut, wenn die Arbeitslosigkeit zurückgeht und die Konjunktur gut läuft. Aber es bleibt die Spaltung, die wir nach wie vor am Arbeitsmarkt haben: Deutschland hat weiterhin den größten Niedriglohnsektor in Westeuropa, und darin hängt jeder Fünfte fest. Wir haben etwa eine Million Leiharbeitsverhältnisse und 7,5 Millionen Minijobs. Davon sind fünf Millionen Menschen allein auf Minijobs angewiesen. Minijobs finden sich inzwischen in vielen klassischen gewerblichen Bereichen, und zwar mit zeitlich zersplitterten Kleinstarbeitsverhältnissen – im Handel, beim Regaleinräumen, in der Logistik, im Gesundheitswesen, in der Gebäudereinigung.

Dass es inzwischen einen Mindestlohn gibt, sorgt dafür, dass der Druck am Arbeitsmarkt nicht unbegrenzt die Entgelte senken kann. Mit der gegenwärtigen Höhe des Mindestlohns können Beschäftigte aber kaum über die Runden kommen, geschweige denn, später eine gute Rente erzielen. Wir haben großen Handlungsbedarf in Sachen Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Das ist auch eine Zukunftsaufgabe im Hinblick auf die sozialen Sicherungssysteme, denn mit Werkverträgen oder Minijobs sind Arbeitsverhältnisse entstanden, die an der Sozialversicherungspflicht vorbeiführen.

Publikum: Herr Ziemiak, Sie sagten, die demographische Entwicklung sei keine ideologische Frage, sondern bloß Mathematik. Das Thema ›Generationengerechtigkeit und Alterssicherheit‹ ist aber sehr wohl ein politisches. Die Diskussion um ›Generationengerechtigkeit‹ entstand in der Zeit der CDU/FDP-Regierung in den 1990er Jahren, als gefordert wurde, weniger in soziale Sicherungssysteme zu investieren, dafür mehr private Initiative zu fordern und mehr private Vorsorge zu betreiben. So wurde ›Generationengerechtigkeit‹ zu einem neoliberalen Kampfbegriff, und zwar besonders in Bezug auf das Thema Renten.

Es mag wohl sein, dass Beitragszahlungen in Zukunft nicht die einzige Quelle zur Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme sein können. Wir müssen ganz neu darüber nachdenken, wie soziale Sicherung in einer Wirtschaft geleistet und gesichert werden kann, die in immer geringerem Ausmaß auf der Arbeit von Menschen basieren wird.

Publikum: Gegen Leiharbeit gibt es auch unbegründete Vorurteile. Leiharbeiter sind nicht immer nur schlecht ausgebildet und schlecht bezahlt. Hat jemand eine spezielle Ausbildung und Prüfung absolviert und ist deshalb

der einzig Greifbare, der für einen Job infrage kommt, z.B. im Bereich Programmierung, dann kann er auch das Doppelte des normalen Verdienstes erreichen.

Publikum: Als Student habe ich momentan relativ geringe Erwartungen an die Rente; ich befürchte, sowieso enttäuscht zu werden. Neue Technologien werden neue Möglichkeiten bringen, die auf vielen Arbeitsplätzen zu niedrigeren Qualifikationsanforderungen führen, aber auch für geringere Arbeitsbelastungen sorgen werden. Somit kann man für unsere Generation durchaus über eine Erhöhung des Renteneintrittsalters nachdenken.

György Széll: Im jüngsten französischen Präsidentschaftswahlkampf wurde viel über das Thema *Maschinensteuer* diskutiert. Die Idee: Sozialversicherungsbeiträge sollten nicht nur von arbeitenden Menschen eingezogen, sondern auch für Maschinen, die Mehrwert schaffen, erhoben werden.

In Frankreich werden auch auf Zinseinkommen Sozialversicherungsbeiträge erhoben. Wäre das eine gute Idee für Deutschland?

Paul Ziemiak: Die Behauptung, es werde allen besser gehen, wenn wir zusätzlich die Steuern erhöhen und mehr Sozialausgaben tätigen, wird sich am Ende nicht bewahrheiten. Auch von einer Maschinensteuer halte ich nichts. Wer sein Unternehmen modern und innovativ führt und dadurch mit weniger Personal die gleichen Ergebnisse erzielt, sollte nicht mit einer zusätzlichen Steuer bestraft werden.

Eine andere Frage ist, wie wir Kapitaleinkünfte behandeln wollen. Darauf wird zum einen Kapitalertragssteuer erhoben; darüber hinaus stellt sich die Frage, ob Kapitaleinkünfte mit Sozialabgaben belegt werden sollen wie Einkünfte aus Arbeit. Hier macht es aus meiner Sicht einen Unterschied, ob diese Einkünfte anstelle eines Arbeitseinkommens erzielt werden, oder ob sie aus Ersparnissen stammen, die Leute sich aus ihrem Arbeitseinkommen zur Seite gelegt haben, z.B. für die Alterssicherung. So pauschal, wie es bisher ist, ist es vielleicht nicht der richtige Weg.

Reinhold Schnabel: Ich sehe das Thema ›Industrie 4.0‹ relativ gelassen. Das Arbeitsvolumen der Vollzeitbeschäftigten geht – wie auch das Arbeitsvolumen pro Kopf – seit 100 bis 150 Jahren zurück. Das ist ein säkularer Trend, der sich fortsetzen wird. So wird auch die Arbeitszeit im Zuge der zunehmenden Automatisierung weiter abnehmen. Die Sorge vor der Zukunft halte ich für übertrieben. Wir sollten davor keine Angst haben, sondern darauf vertrauen, dass uns die Arbeit nicht ausgeht.

Wozu eine Maschinensteuer einführen? Es gab sie schon einmal, unter dem Namen *Gewerbekapitalsteuer*. Sie wurde aus guten Gründen abgeschafft. Mit dem heutigen System der Besteuerung werden die *Erträge* besteuert, und zwar Erträge aus Arbeit wie aus Kapital. Eine Maschinensteuer würde Innovationen verhindern. Es gibt hinreichende steuerliche Instrumente, und wir leiten einen ganz erheblichen Teil unseres Steueraufkommens, vor allem des Bundes, in den sozialen Bereich: Ein Drittel aller Rentenzahlungen – fast 100 Mrd. Euro jährlich – wird aus dem Bundeshaushalt finanziert. Wollen wir, dass dies künftig 150 Milliarden kostet? Entsprechende Forderungen unterstellen nicht nur, dass die Beitragssätze steigen, sondern dass der Bundeshaushalt immer weiter mit zusätzlichen Sozialausgaben belastet wird. Schon heute läge der Beitragssatz zur Rente ohne die Bundeszuschüsse bei 28%. Es kommt in erster Linie nicht darauf an, ob zusätzliche Mittel durch eine Steuer oder als Sozialbeitrag erhoben werden. Letztendlich bedeutet beides zusätzliche Belastungen, egal ob auf diese oder jene Weise.

Annelie Buntenbach: Bei der Frage, ob künftig mehr Bundeszuschüsse in die Rentenversicherung fließen oder mehr Sozialbeiträge erhoben werden sollen, ist zu berücksichtigen, dass im ersten Fall der Ministerialdirektor ebenso wie der Manager und alle die, die viel verdienen, durch Steuerzahlungen beteiligt werden. Wenn alles aus der Beitragskasse finanziert werden soll, müssen die Verkäuferin bei Aldi und all diejenigen, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, das Geld aufbringen. Mit dem Bundeszuschuss fließen Steuermittel für *gesamtgesellschaftliche* Aufgaben in die Rente; diese Gelder gelangen über die Rentenkasse an die Empfänger. Wir wollen, dass den höheren Versichertenbeiträgen, die ohnehin zu erwarten sind, wirklich bessere Leistungen gegenüberstehen, und dass der Teil, der über einen zusätzlichen Bundeszuschuss eingebracht werden muss, zusätzlich geleistet wird.

Zur ›Industrie 4.0‹ gehört ›Arbeit 4.0‹: Die Arbeitsverhältnisse werden sich in diesem Umbruch verändern, und zwar gründlich. Wir brauchen dringend eine Gestaltung dessen, was sich mit der Digitalisierung in der Arbeitswelt verändert. Die Prognosen zur Frage, ob Arbeitsplatzverlust droht oder nicht, sind unterschiedlich. Vielleicht wird dann mehr Freizeit möglich. Aber es gibt immer mehr Leute, die ihren Job mehr oder minder rund um die Uhr machen und auch am Wochenende vom Arbeitgeber kontaktiert werden. Da brauchen wir Regeln für Erreichbarkeit, für den Schutz der Gesundheit der Betroffenen. Die psychischen Belastungen haben zugenommen und führen inzwischen immer öfter dazu, dass die

Leute, die ausgepowert und überfordert werden, später in der Erwerbsminderungsrente landen.

Wir müssen verschiedene Einkommensarten mit in die Sozialversicherung einbeziehen, sodass auch dort Beiträge fällig werden. Ganz entscheidend ist die Frage, ob Selbstständige sozialversicherungspflichtig oder wenigstens rentenversicherungspflichtig werden sollten. Dadurch ließen sich Armutsrisiken vermeiden und die Sozialversicherung stärken. Mein Plädoyer lautet: Selbstständige gehören in den Schutz der gesetzlichen Rentenversicherung.

Paul Ziemiak: Das hilft zwar den Selbstständigen, wird die Probleme in der gesetzlichen Rentenversicherung allerdings künftig noch verschärfen.

György Széll: Am Ende kann dieses vorläufige Fazit stehen: Das System scheint durchaus offen zu sein für neue Formen der gesellschaftlichen Umverteilung und des Umsteuerns. Sicher ist, dass die Debatten um ein gerechtes, ein würdiges Leben im Alter uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten intensiv beschäftigen werden.